

Dierk Hirschel

## Ökonomischer und gesellschaftlicher Fortschritt

*Eine gerechte Verteilung der Früchte des ökonomischen Fortschritts war und ist für das sozialdemokratische Projekt von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus muss aber heute auch die Richtung des wirtschaftlichen Fortschritts politisch gestaltet werden.*

Der Fortschrittsbegriff war stets umstritten. Die frühe bürgerliche Naturwissenschaft begrenzte den Fortschritt auf die Verbesserung ökonomisch nutzbarer Technologien. Der Wirtschaftsliberalismus überließ sowohl die Richtung als auch die Aneignung und Verteilung der Früchte des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts den Marktkräften. Für Adam Smith war der ökonomische Fortschritt lediglich ein blinder Effekt und nicht das Ergebnis menschlicher Planung.

In der französischen Revolution wurde der Fortschrittsbegriff um die politische Dimension erweitert. Das liberale Bürgertum kämpfte unter der Fahne des Fortschritts für mehr repräsentative Demokratie und Menschenrechte. Karl Marx hob die Trennung von Ökonomie und Politik auf. Er lenkte den Blick auf die spezifisch kapitalistische Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die kapitalistische Eigentumsordnung, so Marx, kann die Produktivkräfte in Destruktivkräfte verwandeln. Deswegen müssen die Eigentumsverhältnisse so gestaltet werden, dass die Richtung des ökonomischen Fortschritts demokratisch bestimmt werden kann. Darüber hinaus muss die Aneignung und Verteilung der Ergebnisse des ökonomischen Fortschritts politisch organisiert werden. Nur so entsteht gesellschaftlicher Fortschritt.

Diese kritische Sicht des Fortschritts prägte von Anfang an die Agenda der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die Industrialisierung löste eine historisch einzigartige wirtschaftliche Dynamik aus. Der ökonomische Fortschritt war aus Sicht



**Dierk Hirschel**

(\* 1970) ist Bereichsleiter  
Wirtschaftspolitik bei verdi.

dierk.hirschel@verdi.de

der Arbeiterbewegung die notwendige Voraussetzung gesellschaftlicher Emanzipation. »Fortschritt für alle« lautete das große sozialdemokratische Versprechen. Konkret ging es um höhere Einkommen, erweiterte Arbeitnehmerrechte, mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz, mehr Bildung sowie die Absicherung der zentralen Lebensrisiken. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es der Europäischen Sozialdemokratie sehr erfolgreich, ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu verbinden. Hohes Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsniveau gingen einher mit dem Ausbau der Wohlfahrtsstaaten. Der soziale Fortschritt war jedoch kein Abfallprodukt des ökonomischen Fortschritts, sondern musste in sozialen Konflikten erungen werden. Dieses Grundverständnis prägte die sozialdemokratische Reformpolitik in den westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften.

Anfang der 70er Jahre erodierten die ökonomischen und sozialen Grundlagen des »Goldenen Zeitalters«. Die Produktivitätspotenziale der für den westlichen Kapitalismus charakteristischen Massenproduktion waren erschöpft. Der Zusammenbruch der monetären Nachkriegsordnung – insbesondere des fixen Wechsel-

kurssystems von Bretton Woods – erhöhte die wirtschaftliche Unsicherheit. Die Profite sanken und die Verteilungskonflikte verschärften sich. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben sich zu Lasten der abhängig Beschäftigten.

In den 90er Jahren übernahmen die Kapitalmärkte die Vorherrschaft über die Realwirtschaft. Aus dem Rheinischen Kapitalismus wurde ein Finanzmarktkapitalismus. Nun bestimmten Finanzinvestoren die Unternehmenspolitik. Ihre Renditeansprüche an die Wertschöpfung stiegen. Der gesellschaftliche Reichtum wurde massiv von Unten nach Oben umverteilt. Die einhergehende Schwäche der Masseneinkommen drosselte die Wachstums- und Investitionsdynamik. Heute befindet sich die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote auf einem historisch niedrigen Niveau. Die sozialen Folgen dieses Umbaus waren dramatisch. Die Ungleichheit kehrte zurück. Die Massenarbeitslosigkeit stieg, prekäre Beschäftigungsverhältnisse explodierten und die Armut nahm zu.

Dieser Raubtierkapitalismus ist nicht vom Himmel gefallen. Er wurde politisch gefördert. Die Finanzmärkte wurden entfesselt, die Arbeitsmärkte dereguliert, öffentliches Eigentum und soziale Sicherungssysteme (teil-)privatisiert sowie die Steuern auf Unternehmensgewinne, hohe Einkommen und Vermögen gesenkt. Dadurch wurden ökonomischer Fortschritt und individueller Wohlstand sowie soziale Sicherheit entkoppelt. Die Sozialdemokratie war an dieser Entwicklung leider nicht unbeteiligt. Sie beantwortete die Verteilungsfrage nicht mehr im Interesse der abhängig Beschäftigten.

### Die Richtung des Fortschritts

Die wissenschaftlich-technische Fortschrittsgläubigkeit der Nachkriegszeit wurde in den 70er Jahren schwer erschüttert. Nach den zwei großen Ölkrisen begann

eine Debatte über die Grenzen des Wachstums. In den 80er Jahren erhitze der Streit über die Gefahren der Kernenergie die Gemüter. Heute stoßen große Infrastrukturprojekte wie Stuttgart 21 oder der Ausbau des Frankfurter Flughafens auf breiten Widerstand in der Bevölkerung.

Die Kritik trifft heute nicht nur die kapitalistische Nutzung des ökonomischen Fortschritts. Vielmehr wird der ökonomische Fortschritt grundsätzlich in Frage gestellt. Wachstum, so die Behauptung der Wachstumskritiker, zerstört nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern schafft auch keine neuen Arbeitsplätze mehr. Diese pauschale Wachstumskritik schießt jedoch über das Ziel hinaus.

Wachstum bedeutet nicht notwendigerweise ein Mehr an materieller Produktion. Das zentrale Wachstumsmaß, das Bruttoinlandsprodukt, bringt den Wert der hierzulande produzierten Waren und Dienstleistungen zum Ausdruck. Ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, ökologische Modernisierung, höhere Bildungsausgaben und mehr soziale Dienstleistungen führen ebenso zu mehr Wachstum wie eine Massenkarambolage auf der A3. Entscheidend ist somit, *was* in unserer Gesellschaft wächst.

Darüber hinaus sind Wachstum und Beschäftigung nicht entkoppelt. Zwar geht das Wachstum der Industriestaaten zurück. Wenn jedoch das Wachstum die Beschäftigungsschwelle – hierzulande etwa 1,5% – überspringt, dann entstehen auch neue Jobs. Selbst im wachstumsschwachen Deutschland schufen die letzten beiden Aufschwünge jeweils über 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze. Dass es sich hierbei überwiegend um prekäre Arbeitsplätze handelte, spricht nicht gegen den ökonomischen Wirkungszusammenhang von Wachstum und Beschäftigung. Eine andere Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hätte diese Schiefelage verhindern können. Von einem »jobless growth« aber keine Spur. Kurzum: Wachstum, ökologische Nach-

haltigkeit und gute Arbeit müssen keine Gegensätze sein. Auch im 21. Jahrhundert ist es möglich, ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt zu verbinden.

Der real existierende Kapitalismus lenkt jedoch den ökonomischen Fortschritt immer weniger in eine gesellschaftlich wünschenswerte Richtung. Der Mix aus unterschiedlichen Eigentumsformen, marktförmiger und öffentlicher Koordinierung wurde durch eine Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung immer stärker auf die Bedürfnisse privater Kapitaleigner – insbesondere der Finanzinvestoren – zugeschnitten. Folglich dominiert heute wieder ein renditegetriebener rein quantitativer Wachstumszwang.

Nach der großen Krise stellt sich mehr denn je die Frage nach einer Neuordnung des Wirtschaftens. Die unterschiedlichen Ebenen (Betrieb, Branche, Region, gesamtwirtschaftliche Steuerung) wirtschaftlichen Handelns müssen stärker demokratisiert werden. Eigentumsformen und staatliche Regulierung müssen den ökonomi-

schen Fortschritt stärker am gesellschaftlichen Bedarf ausrichten. Hierfür ist es wichtig, die Stärken und Schwächen, Möglichkeiten und Grenzen der unterschiedlichen Eigentumsformen, von Märkten, Wettbewerb und politischer Steuerung auszuloten.

Privateigentum und Markt können innovativ und schöpferisch wirken. Ein funktionierender Preismechanismus des Marktes kann ein effizientes, dezentrales Informations- und Steuerungssystem sein. So kann eine kostengünstige und umfassende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen durch private Unternehmen sichergestellt werden. Perfekte Märkte gibt es aber nur in Lehrbüchern. In der Praxis kommt es immer wieder zu Marktversagen (asymmetrische Informationen, unvollkommene Konkurrenz, externe Effekte etc.). Dieses Marktversagen kann ordnungspolitisch eingedämmt werden. Ein scharfes Kartellrecht, ein starker Verbraucherschutz oder eine ökologische Steuerpolitik setzen aber den Märkten keine ge-

sellschaftspolitischen Ziele. Märkte sind sozial und ökologisch blind.

Dort wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum ihren Zweck nicht oder nur mangelhaft erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. So sind beispielweise Bildung, Gesundheit sowie Wasserversorgung keine Waren, deren Herstellung und Verteilung nach dem Gewinnmotiv organisiert werden sollte. Diese öffentlichen Güter müssen für jeden, unabhängig von der Größe des Geldbeutels, zugänglich sein. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Auch die so genannten natürlichen Monopole – insbesondere Netzwerkindustrien (z.B. Energiewirtschaft, Bahn, etc.) – sollten durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Zudem können staatliche Unternehmensbeteiligungen – etwa in Form eines *Public-Equity*-Fonds – die einzelwirtschaft-

liche Verwertungslogik um industrie- und dienstleistungspolitische Ziele erweitern.

Ein solcher Ausbau des öffentlichen Sektors sowie eingeschränkte Verfügungs- und Aneignungsrechte der Kapitaleigner gehen zu Lasten der Rentabilität. Höhere Steuern, eine soziale und ökologische Regulierung drücken auf die Firmengewinne. Unternehmen mit hohen Profitansprüchen drosseln ihre Investitionen oder drohen mit Standortverlagerung. Hier darf sich die Politik nicht erpressen lassen, sondern muss das Allgemeininteresse über das Einzelinteresse stellen.

Das sozialdemokratische Projekt des 21. Jahrhunderts muss nicht neu erfunden werden. Im Kern geht es um die politische Aneignung, Verteilung und Steuerung des ökonomischen Fortschritts. Dies ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Die Zukunft der Sozialdemokratie liegt in ihren Wurzeln.

*Albrecht von Lucke*

## Wieder mehr Gerechtigkeit wagen!

*»Neuer Fortschritt« soll der neue Leitbegriff der deutschen Sozialdemokratie werden. Zu recht kann die Partei darauf verweisen, sich seit ihrer Gründung dem gesellschaftlichen Fortschritt verschrieben zu haben. Da 2013 zudem das große 150-jährige Jubiläum und die nächste Bundestagswahl zusammenfallen, ist es strategisch nachvollziehbar, dass sich die Parteiführung für diesen Leitbegriff entschieden hat. Die zentrale Frage aber lautet: Fortschritt wohin?*

### Albrecht von Lucke

(\* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin.

Bei *Wagenbach* erschien zuletzt:  
*Die gefährdete Republik.  
Von Bonn nach Berlin.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de



Fortschritt per se, egal ob neu oder alt, ist noch nicht fortschrittlich. Dafür nämlich bräuchte es ein klares Ziel. Dieses aber hat

die Partei in den letzten Jahren schmerzlich vermissen lassen. Zwar kann man damit bei Wahlen triumphieren, aber auf Dauer reicht es bei Weitem nicht aus, wenn der zukünftige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz fordert: »Die SPD muss sich zum Pragmatismus bekennen.« Von schlecht verstandene Pragmatismus gab es in den letzten zehn Jahren genug. Die SPD lebt dagegen von jeher gerade aus der Spannung zwischen ihrer Orientierung an weitgesteckten Zielen – von der klassenlosen Gesellschaft